

BZ LANGENTHALER TAGBLATT



LANGENTHAL Kropf sorgte für Glamour

Mit ihrem Wallach Allegro ma non troppo bestritt Model Fabienne Kropf die Dressurtag in Langenthal. SEITE 20



KÖNIGLICHES BABY Sie heisst Charlotte Elizabeth Diana

Hommage an Lady Diana, an die Queen, vielleicht auch sogar an Prinz Charles: Die neugeborene Tochter des britischen Prinzen William und seiner Kate trägt drei symbolträchtige Namen. SEITE 32

EISHOCKEY-WM Ein Freigeist als Nationalheld

Das Alter? Ist nicht mehr als eine Zahl, pflegt Jaromir Jagr zu sagen. Der 43-jährige Stürmer ist das Aushängeschild der WM in Tschechien. Mit seinen Extravaganzen sorgt er ähnlich häufig für Schlagzeilen wie mit Toren. SEITE 17

AZ Bern, Nr. 103 | Preis: CHF 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

ZEITUNG FÜR DEN OBERAARGAU

www.langenthalertagblatt.ch

Heute 13°/19°
Nach etwas Sonne ziehen vermehrt Wolken und gewittrige Schauer auf.

Morgen 9°/17°
Bei einem Mix aus Sonne und Wolken sind Schauer möglich. SEITE 15

Das Zieglerspital soll zur Asylunterkunft werden

STADT BERN Ende September wird das Berner Zieglerspital geschlossen. Nun fordern gleich zwei Motionen auf kantonal- und städtischer Ebene, dass im Spital nach der Schliessung ein Durchgangszentrum für Asylsuchende entsteht.

Ein Dutzend Asylsuchende kamen im letzten Juli pro Tag in Bern an. Heuer rechnet der kantonale Migrationsdienst mit noch mehr Asylbewerbern. Damit ist absehbar, dass es erneut an Unterkünften mangeln wird.

Eine Lösung in der Stadt Bern soll die Umnutzung des Zieglerspitals bringen, das Ende September schliesst. Sowohl im Grossen Rat als auch im Stadtparlament wurden entsprechende Vorstösse eingereicht.

In ihrer Motion schreibt GLP-Grossrätin Barbara Mühlheim, dass die Spital Netz Bern AG nach der Schliessung des Zieglerspitals keinen Bedarf mehr an der Liegenschaft habe. Deshalb solle der Regierungsrat bei der Spital Netz Bern AG vorstellig werden und die Gebäude zu einer Asylunterkunft machen. Bei Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP) rennt Mühlheim offene Türen

ein. Bereits vor Ostern hatte er sich mit einer Delegation des Berner Gemeinderats getroffen. Oberirdische Anlagen gibt es laut Käser sehr selten. Deshalb räumt er der Idee, das Zieglerspital in eine Asylunterkunft umzunutzen, gute Chancen ein. Die Stadt Bern könnte in diesem Fall die unterirdische Zivilschutzanlage im Hochfeld in der Länggasse schliessen. *ehi/dog* SEITE 8

LANGENTHAL Müesli macht Müde munter

Kokoschips, Datteln, Cranberries und mehr: Schülerinnen und Schüler stellen im Waldhof aus fünf Zutaten ihre eigenen Energy-Müesli-Sorten her. SEITE 3

LANGENTHAL Die schnellsten Oberaargauer

299 Kinder und Jugendliche trotzten dem Regen und massen sich beim «Schnällschte Oberaargauer» in den Disziplinen Sprint, 1000-Meter-Lauf und Wurf. SEITE 5

AKTIEN Schweizer haben Rallye verpasst

Mit Aktien liess sich gutes Geld verdienen. Doch Aktien machen hierzulande nur 21 Prozent der privaten Investitionen aus. In den USA beträgt dieser Wert 41 Prozent, fast doppelt so viel. SEITE 15

MAGAZIN Zielstrebige Künstlerin

Pamela Rosenkranz vertritt die Schweiz an der Biennale in Venedig. Mit ihren 36 Jahren ist sie die zweitjüngste Schweizer Biennale-Künstlerin aller Zeiten. SEITE 23

WAS SIE WO FINDEN

Börse	11
BZ-FORUM	25
Unterhaltung	27
Agenda	29
Kinos	30
TV/Radio	31
Anzeigen:	
Mietmarkt Bern	22/24
Todesanzeigen	28

WIE SIE UNS ERREICHEN

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abo-Service	0844 062 062 (Lokalтариф)
Redaktionen	
Langenthal	062 919 44 44
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10
Leserbilder, SMS	4488

Die Hochwasser-Lage bleibt angespannt



Rando

KANTON BERN Die Lage in den Hochwassergebieten hat sich gestern auf hohem Niveau stabilisiert. Am Morgen erreichte der Thunersee die Hochwassergrenze, am Nachmittag folgte der Bielersee. Auf beiden Seen

wurde die Schifffahrt eingestellt. In der Stadt Bern hielt sich der Schaden bis gestern Abend in Grenzen. An mehreren Orten ging die Aare über die Ufer, so auch im Tierpark Dählhölzli (Bild). Im Oberaargau werden die Pegelstän-

de beobachtet, die Situation laufend analysiert. «Wir können jetzt noch nicht sagen, wie sie sich entwickeln», sagte Regierungstatthalter Marc Häusler gestern Abend. Heute sind Gewitter angesagt. *ats/cd* SEITE 5+9

Regierung steht zur Ikur

REITSCHULE Im Stadtrat steht erneut eine Grundsatzdebatte zur Reitschule an. Gestern veröffentlichte der Gemeinderat seine Antworten zu den acht Vorstössen, über die übermorgen debattiert wird. Die Regierung bekräftigt ihre bisherige Haltung und will weiterhin mit der Reitschule-Betreiberin Ikur im Gespräch bleiben. Eine temporäre Schliessung der Reitschule, welche die FDP als Druckmittel vorschlägt,

lehnt der Gemeinderat ab. Allerdings will er die Ikur stärker in die Pflicht nehmen als bisher. So soll bis Ende Jahr geklärt werden, ob es tatsächlich gerechtfertigt ist, dass die Reitschule weniger strenge Sicherheitsauflagen hat als beispielsweise Klubs in der Aarberggasse. Der Gemeinderat erwartet von der Ikur ausserdem ein stärkeres Engagement gegen Gewalt im Umfeld der Reitschule. *mm* SEITE 9

Blutet der Mittelstand?

ERBSCHAFTSSTEUER Gemäss Untersuchungen ist das Risiko gross, dass Grosssteuerzahler bei einem Ja zur Erbschaftssteuerinitiative am 14. Juni abwandern. Der Grund: Bereits heute hat die Schweiz vergleichsweise hohe Vermögenssteuern. Die Folge einer solchen Abwanderung wäre laut den Autoren einer Studie der Hochschule St.Gallen, dass die Steuerbelastung für den Mittelstand steigen würde. Und die

Wirtschaftsprüferin PWC geht in einer Untersuchung davon aus, dass Unternehmensnachfolger weniger investieren. Denn sie würden sich absichern, da bei einem Verkauf vor Ablauf einer zehnjährigen Frist höhere Steuern drohen. Thomas Isler vom Textilunternehmen Gessner in Wädenswil schildert die Probleme einer Bundeserbschaftssteuer für seine Firma. *ki* SEITE 12+13

Jihadisten als grösste Bedrohung

SICHERHEIT Jihadisten und die Krise in der Ukraine halten den Nachrichtendienst des Bundes auf Trab.

In immer höherer Kadenz und Detaillierung gebe es Hinweise, dass auch die Schweiz ins Visier von Terroristen geraten könnte, sagte der Chef des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), Markus Seiler, gestern vor den Medien in Bern. «Besonders viel Kopfzerbrechen bereiten uns Jihadrückkehrer und Leute, die sich auf sozialen Medien radikalieren.» Gut sechzig Schweizer Jihadreisende – darunter rund vierzig in Syrien – seien dem NDB bekannt, sagte Seiler. «Wir wissen aber nicht, wie viele Schläfer es gibt.» Die Schweiz stehe zwar nicht im direkten Fokus jihadistischer Gruppierungen, bleibe aber als Teil des europäischen Gefährdungsraums bedroht, heisst es im gestern vorgestellten NDB-Lagebericht 2015.

Insgesamt sei die sicherheitspolitische Lage der Schweiz komplexer geworden, sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer, zu dessen Departement der NDB gehört. Sorge bereitet dem Bundesrat auch die fragile Situation in der Ukraine. Es sei ein realistisches Szenario, dass sich dieser Konflikt ausweite. Weiterhin von hoher Aktualität ist aus Sicht des NDB der verbotene Nachrichtendienst. Seit einiger Zeit entspannt hat sich dagegen die Lage bei Rechts- und Linksextremismus. *sda* SEITE 11

Nebenämter vertagt

LANGENTHAL Der Stadtrat hat gestern Abend die Nebeneinkünfte des Stadtpräsidenten wieder aus der Verfassung gestrichen. Entgegen seinen Beschlüssen in der ersten Lesung will er diese Fragen jetzt doch wie bisher im Personalreglement regeln. Damit vollzieht er eine Kehrtwende. Der amtierende Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) ist nicht betroffen. Die neue Verfassung wird erst 2017 in Kraft treten. Die FDP/JLL/BDP-Fraktion wollte eine Garantie, dass das Personalreglement noch in der laufenden Legislatur revidiert werde, bekam diese aber nicht. Die Stadtverfassung kommt voraussichtlich im Juni an die Urne. Gleich nach der Abstimmung reichen die grüne Stadträtin Karin Rickli und Daniel Steiner (EVP) eine Motion ein, mit der sie die Abgabepflicht des Stadtpräsidenten neu regeln wollen. *rgw* SEITE 2

Keine Einschränkungen für Lehrer und Stadtpräsident

LANGENTHAL Die Lehrer bleiben für politische Ämter wählbar, der Volksvorschlag kommt, und die Nebeneinkünfte des Stadtpräsidenten werden weiterhin im Personalreglement geregelt. Das entschied der Stadtrat gestern Abend.

Gegenüber der vierstündigen ersten Lesung der teilrevidierten Stadtverfassung war der Stadtrat gestern Abend schneller – er brauchte nur noch drei Stunden. Auslöser war eine Motion von Daniel Steiner-Brütsch (EVP) vom Juni 2010 zur Lockerung der Amtszeitbeschränkung für Gemeinderäte. Damit drang er aber auch gestern nicht durch.

Erster grösserer Streitpunkt war der Volksvorschlag oder der «Gegenvorschlag von Stimmberechtigten» wie es Daniel Steiner-Brütsch (EVP) formulierte. Er und seine Fraktion sehen darin eine Stärkung der Volksrechte. Die Stimmberechtigten könnten damit ihre Meinung differenzierter äussern. Der Gemeinderat wollte auf den Volksvorschlag verzichten. Er befürchtet unausgewogene Vorlagen. Dieses Instrument sei noch in keiner Gemeinde je angewendet worden.

Patrick Freudiger (SVP) erwartet dagegen keine «unreflektierten» Vorschläge. Der Kanton Bern zeige, dass ein Bedürfnis vorhanden sei. Mit 35:1 Stimmen und 2 Enthaltungen sprach sich der Stadtrat für den Volksvorschlag aus.

Acht Jahre sind genug

Bei der Definition von Konsultativabstimmungen setzte sich der Gemeinderat mit seinem Antrag durch. Die Wählbarkeit von Gemeinderäten wurde zum wiederholten Male und diesmal endgültig auf zwei Legislaturen begrenzt. Dieses Anliegen von Daniel Steiner-Brütsch hatte die Teilrevision der Stadtverfassung im Sommer 2010 überhaupt erst ausgelöst. Er unterlag mit 12:23 Stimmen. Unterstützung erhielt er teilweise von rot-grüner Seite.

Lehrer bleiben wählbar

Am meisten zu diskutieren gab erwartungsgemäss die Unvereinbarkeit von politischen Ämtern und Jobs bei der Stadt. Überraschenderweise beantragte der Gemeinderat jetzt in der zweiten Lesung, das Personal der Stadtverwaltung, die von der Stadt gewählten Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulleiterinnen und Schulleiter vom Gemeinderat,

vom Stadtrat und von den Kommissionen auszuschliessen. Die Begründung: Er wüschte sich eine unmissverständlich nachvollziehbare Bestimmung, die für alle Gültigkeit hat und möglichst viele Interessenkonflikte ausschliesst.

Die meisten Redner attestierten ihm gute Absichten, nur, sie wollten eben nicht so weit gehen.

«Zahlt die Stadt zukünftig den Wahlkampf für ein Grossratsmandat?»

Stadtpräsident Thomas Rufener

In einem Milizsystem könnten Interessenkonflikte vorkommen, man müsse auch an das Füllen der Wahllisten denken und dürfe die Berufsgruppe der Lehrpersonen und Schulleiter nicht von jeder politischen Tätigkeit fernhalten. Die Fraktionen waren gespalten. Anita Steiner-Thaler (EVP) wollte von der Stadt angestellte Lehrpersonen und Schulleiter zumindest vom Gemeinderat ausschliessen. Doch mit 29 Stimmen hielt eine klare Mehr-

heit am Text aus der ersten Lesung fest. Demnach sind praktisch alle Personen für alle politischen Ämter der Stadt wählbar.

Umstrittene Abgabepflicht

Als es um die Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen des vollamtlich angestellten Stadtpräsidenten ging, setzte sich erneut der Gemeinderat mit 26:10 Stimmen durch. Er vertrat die Meinung, diese Regelungen gehörten weiterhin ins Personalreglement und nicht in die Verfassung. Thomas Rufener fragte unter anderem: «Zahlt die Stadt zukünftig den Wahlkampf für ein Grossratsmandat, wenn der Stapi alles an die Stadtkasse abführen muss?»

Allerdings reichten Daniel Steiner (EVP) und Karin Rickli (Grüne) noch am gleichen Abend eine Motion zu Abgabepflicht und Entschädigungen des Stadtpräsidenten ein. Sie argumentieren dabei mit den Städten Burgdorf, Biel und Bern.

Die teilrevidierte Stadtverfassung ging in der zweiten Lesung einstimmig durch das Parlament. Sie wird den Stimmberechtigten voraussichtlich Mitte Juni an der Urne vorgelegt werden.

Robert Grogg

Wie aus einer Note ein Kunstwerk wird



Im Notenworkshop: Jolanda Marty, Simon Strähl und Johannes Lortz in der Bromer Art Collection.

Marcel Bieri

ROGGWIL Karl Marx grüsst bei der Stempeluhr, und Zehnernoten werden zu Kunstobjekten. Die Bromer Art Collection ermöglicht eine Auseinandersetzung mit dem Thema Zeit, Geld und Arbeit.

Vor einer guten Stunde hat Simon Strähl aus Zofingen die Räume der Bromer Art Collection in Roggwil betreten. Dabei hat er, wie von den Ausstellungsmachern gewünscht, am Eingang bei der Stempeluhr eingestempelt. Dieser in einem Museum etwas ungewohnten Handlung liegt die vom Künstler Johannes Lortz formulierte These zugrunde, Kunstwerke zu betrachten sei Arbeit.

Nach getaner Arbeit stempelt Strähl aus. Eine gute Stunde dauerte sein Augenschein in der Ausstellung Zeitzeiger (wir berichteten). Jetzt kann er am Empfang seinen Lohn entgegennehmen: eine neue Zehnernote. Er kann damit machen, was er will, sie behalten, spenden oder in ein Kunstwerk verwandeln. Er entscheidet sich für das Letztere.

Le Corbusier soll schreien

Das Herstellen von Münzen wurde seit der Antike als Kunst verstanden. Diesen Schluss lässt der Sachverhalt zu, dass im alten Griechenland die Münzenpräger ihre Werke visierten. Als Abbild ihres Tuns ermöglicht es Lortz den Ausstellungsbesuchern, ihre Zehnernote in ein eigenes Kunst-

werk zu verwandeln. Aber nicht nach Lust und Laune: Lortz hat konkrete Vorstellungen. Der auf der Zehnernote verewigte Le Corbusier soll sich in die schreiende Kinderschwester verwandeln, welcher im Stummfilm «Panzerkreuzer Potemkin» des Regisseurs Sergei Eisenstein ins Auge geschossen wird. Lortz sieht den Schrei als Symbol des Beginns. Dass es dieser martialische Schrei ist, erklärt er mit der Person Eisensteins, welche er als Antipoden zu Le Corbusier sieht. Ihm folgt der Ruf, zur Realisation seiner Visionen gegenüber nichts und niemandem Berührungsängste gehabt zu haben.

Mit dem Abbild der Schwester

«Arbeit ist das Feuer der Gestaltung», lautet ein Zitat von Marx. Folglich ist Feuer eines der Mittel zur Bearbeitung der Noten. Die laminierte und mit Zellophan bearbeitete Note wird durch Kerzen mit Russ geschwärzt. In einem abwechselnden Prozess von Russen und Kratzen wird dabei Le Corbusiers Konterfei mit dem der Kinderschwester überlagert. Gefällt es, wird das Werk mit Haarspray fixiert. Strähl ist mit seinem Werk zufrieden. Den materiellen Wert hat die Note verloren. Kaufen kann er damit nichts mehr. Trotzdem ist sie für ihn jetzt wertvoller.

Johannes Lortz ist jeden Sonntag im Mai ab 15 Uhr in der Bromer Art Collection. *flü*

Felber und Co. spielen zum 25. Geburtstag auf

LANGENTHAL Die Jazz-Tage feiern heuer ihr 25-jähriges Bestehen. Am 22. Mai sind Fans und Freunde daher zum Gratiskonzert mit dem Dani Felber Jazzquartett feat. Tatiana Heintz eingeladen.

Vergangenes Jahr sorgte die Dani Felber Big Band Explosion für ein strahlendes Highlight an den Langenthaler Jazz-Tagen und brachte den Saal im Katholischen Kirchengemeindehaus zum Swingen. Von diesem Konzert, das vor Ort live aufgenommen worden ist, ist bald eine CD erhältlich. Sie wird vor dem Konzert des Dani Felber Jazzquartetts feat. Tatiana Heintz am 22. Mai von der international erfolgreichen Alphornistin Eliana Burki getauft.

Die Aufnahme wurde wie vor fünfzig Jahren mit einer analogen Studer-Bandmaschine und zwei Neumann-U47-Röhrenmikrofonen vintage aufgezeichnet. Sie hält ein Stück Geschichte der Jazz-Tage fest. «Dani Felber Big Band Explosion live at Langenthal» steht auf dem CD-Cover. Ein authentisches Klangerlebnis

und ein faszinierendes Tondokument, welches die einzigartige Ambiance im ausverkauften Saal festhält, vergleichbar mit der Atmosphäre amerikanischer Jazzclubs. Man taucht ein in das virtuose Flügelhornspiel von Bandleader Dani Felber, hört den aufbrandenden Applaus, das berührende Sopransaxofon Solo von Eric Marienthal, begeisternde Zwischenrufe, das wunderbare Duett von Carmen Bradford und Chris Murrell und wird mitgerissen vom Swing und der Dynamik des internationalen Orchesters mit 18 Spitzenmusikern.

Im Jazzquartett spielen neben Felber mit dem argentinischen Bassisten Rodrigo Aravena und dem deutschen Gitarristen Bernd Hess zwei Musiker seiner Big Band. Aus St. Gallen kommt Drummer Orlando Ribar. Die westafrikanische Sängerin Tatiana Heintz tritt seit Jahren mit dem Quartett auf und bezaubert mit ihrer Stimme und ihrer Ausstrahlung.

Gratistickets für das Konzert im Kirchengemeindehaus sind ab heute Dienstag bei Kuoni Reisen in Langenthal erhältlich. *bma*



Behindertengerecht, aber nicht in Langenthal: Die Haltestelle, die gestern Abend von Langenthaler Politikern und einigen ASM-Leuten inspiziert wurde, liegt beim Bahnhof St. Urban. Sie ist wegweisend, weil auch die Stadt bis 2023 viele ihrer Bushaltestellen umrüsten muss. *Thomas Peter*

Stadt muss Haltestellen umrüsten

LANGENTHAL Gestern Abend besichtigte ein Dutzend Parlamentarier in St. Urban eine Bushaltestelle. Ihre Bauweise ist für Langenthal zukunftsweisend. Sie ist behindertengerecht.

Daran führt auch für Langenthal kein Weg vorbei: Im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes müssen bis spätestens 2023 alle Bushaltestellen auf Stadtgebiet barrierefrei sein. Sprich: Für Rollstühle und Rollatoren soll ab diesem Zeitpunkt ein ebenerdiger Einstieg ins Fahrzeug möglich sein.

In Langenthal sind derzeit die wenigsten Bushaltestellen behindertengerecht. Gegen 90 Prozent dürften momentan nicht dem Standard entsprechen, schätzt Heinrich Matter, Verkehrsplaner und Sicherheitsbe-

auftragter der Aare Seeland mobil AG (ASM). Um Langenthal Parlamentariern aufzuzeigen, was die Stadt in den kommenden Jahren punkto barrierefreier Ausgestaltung ihrer Haltestellen erwartet, lud die ASM gestern Abend vor der Stadtratssitzung zur Besichtigungstour ein. Mit dem Hybridbus – mittlerweile seit 150 Tagen im Einsatz – führen zwölf Stadt- und Gemeinderäte nach St. Urban. Dort, beim Bahnhof, existiert bereits eine Bushaltestelle, die der geforderten Norm entspricht. Als Optimum gilt ein Absatz von 22 Zen-

timetern ab Boden (im Minimum 16 Zentimeter). Zusätzlich darf die Lücke zwischen Randstein und Bus maximal 7 Zentimeter betragen. Dies aber nur, wenn der Niveauunterschied zwischen Perron und Fahrzeugboden nicht grösser als drei Zentimeter ist.

Spitzfindig? Mag sein. Diese Masse sind jedoch nötig, damit gehbehinderten Personen ein quasiaebenerdiger Einstieg ermöglicht werden kann.

Gemeinde ist zuständig

Dass überhaupt die Stadt Langenthal für die Umrüstung der Haltestellen verantwortlich ist und nicht Aare Seeland mobil, liegt an den Richtlinien des Regierungsrats. Gemäss dessen

Leitsätzen hat die Gemeinde als Strasseneigentümerin für ihre Verkehrswege zu sorgen. Dazu gehören auch Strassenanpassungen wie Busbuchten oder Trottoiranpassungen. Weiter ist die Stadt zuständig für die Reinigung der Haltestelle, für Abfallbehälter, für Sitzbänke und für allfällige Wartekabinen.

Das Transportunternehmen – also die ASM – ist indessen nur zuständig für betrieblich notwendige Anlagen. Dazu gehören die Beschriftung der Haltestelle und der Fahrplananschlag.

Noch wird evaluiert, welche Haltestellen in Langenthal in welchem Ausmass umgerüstet werden müssen.

Patrick Jordi